

Landtag

10. Sitzung vom 12. Dezember 1997

Sitzungsprotokoll

(Beginn um 9 Uhr.)

Vorsitzende: Erste Präsidentin Maria *Hampel-Fuchs*, Zweiter Präsident Mag Hilmar *Kabas* und Dritte Präsidentin Erika *Stubenvoll*.

Schriftführer: Die Abgen Franz *Ekkamp*, Gerhard *Göbl*, Heinz *Hufnagl*, Ursula *Lettnner*, Patrizia *MARKUS*, Brigitte *Reinberger*, Brigitte *Schwarz-Klement*, Marco *Smoliner*, Kurt *Wagner* und Renate *Winklbauer*.

Präsidentin Maria *Hampel-Fuchs* eröffnet die Sitzung.

1. Entschuldigt sind die Abgen Susanne *Jerusalem*, Dr Elisabeth *Neck-Schaukowitsch*, Jutta *Sander* und DDr *Eduard Schock*.

2. In der Fragestunde werden von Präsidentin Maria *Hampel-Fuchs* folgende Anfragen aufgerufen und von den Befragten beantwortet:

1. Anfrage (PrZ 42/LM/KSP): Abg Dipl Ing *Rudolf Schicker* an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe *Planung und Zukunft*:

Welche konkreten Ergebnisse brachte die im Rathaus durchgeführte internationale Fachkonferenz 'Transeuropäisches Verkehrsnetz am Schnittpunkt Ost-West'?

2. Anfrage (PrZ 62/LM/KLF): Abg Mag *Alexandra Bolena* an die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe *Jugend, Soziales, Information und Sport*:

Entsprechend den derzeitigen Bestimmungen des Wiener Sozialhilfegesetzes mindern während des Sozialhilfebezugs erzielte Einkünfte den Sozialhilfeanspruch in vollem Umfang. Können Sie sich eine Änderung dahingehend vorstellen, daß ein Hinzuverdienst, ohne im gleichen Umfang Sozialhilfeanspruch zu verlieren, möglich wird?

(Gemäß § 98 der Wiener Stadtverfassung wird in Vertretung von LhpmtStv *Grete Laska* amtsf StR Mag *Renate Brauner* vom Herrn *Landeshauptmann* mit der Anfragebeantwortung betraut.)

3. Anfrage (PrZ 38/LM/KGR): Abg Mag *Christoph Chorherr* an den *Landeshauptmann*:

Im Arbeitsübereinkommen der Koalitionsparteien ist festgelegt, daß die Frage der Novellierung des Wiener Wahlrechts von beiden Koalitionspartnern gemeinsam behandelt wird. Sie haben bereits in der Fragestunde vom 19. Dezember 1996 in Zusammenhang mit der Schaffung eines proportionalen Wahlrechts als Zeithorizont das Jahr 1997 in Aussicht gestellt und sich auch erst kürzlich als *Landeshauptmann* öffentlich für eine Wahlrechtsreform ausgesprochen. Über welche Verhandlungsergebnisse können Sie dem Wiener Landtag berichten?

4. Anfrage (PrZ 37/LM/KVP): Abg *Gerhard Pfeiffer* an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe *Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung*:

Zur Umwidmung von Kleingartenanlagen für das ganzjährige Wohnen sind u.a. auch eine Reihe von Infrastruk-

turmaßnahmen und Regelungen für die nachbarlichen Beziehungen notwendig. Werden Sie sich dieser Probleme verstärkt annehmen und gegebenenfalls auch entsprechende gesetzliche Bestimmungen initiieren, die ein möglichst konflikt- und problemfreies Wohnen in diesen neuen Wohngebieten ermöglichen?

3. (PrZ 16/AL) In der Aktuellen Stunde findet auf Antrag der Abg Mag *Gabriele Hecht* eine Aussprache über das Thema, "Die Abschaffung der Proporz-Regierung in Wien". Mehr Kontrollrechte für eine klare Trennung von Regierung und Opposition. Eine sinnvolle Alternative für Wien, statt.

4. Von Abgeordneten des Liberalen Forums wurde 1 schriftliche Anfrage eingebracht:

(PrZ 1137/LF) Anfrage der Abg Mag *Michaela Hack* an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe *Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung*, betreffend *Wohnbauförderung*.

Folgende schriftliche Anträge wurden eingebracht:

(PrZ 1138/LAt) Der Antrag der Abg Mag *Gabriele Hecht* und PartnerInnen, betreffend *Reform der Vergnügungssteuer*, wird der amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe *Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke* zugewiesen. (Der Antrag ist genügend unterstützt.)

(PrZ 1140/LAt) Der Antrag der Abg Mag *Gabriele Hecht* und PartnerInnen, betreffend *sukzessive Abschaffung der Kommunalsteuer*, wird der amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe *Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke* zugewiesen. (Der Antrag ist genügend unterstützt.)

(PrZ 1139/LAt) Der Antrag der Abgen Mag *Alexandra Bolena*, Marco *Smoliner* und PartnerInnen, betreffend *WIKRAF*, wird der amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe *Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke* zugewiesen. (Der Antrag ist genügend unterstützt.)

(PrZ 1141/LAt) Der Antrag der Abg Mag *Maria Vassilakou*, betreffend *Gesetz zur Regelung des Grunderwerbs durch Ausländer in Wien*, wird der amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe *Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal* zugewiesen. (Der Antrag ist genügend unterstützt.)

Von der Bezirksvertretung *Innere Stadt* wurde ein Antrag, betreffend *Änderung der Wiener Bauordnung* bezüglich *Dachlandschaften*, eingebracht und dem amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe *Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung* zugewiesen.

Präsident Mag *Hilmar Kabas* nimmt folgende Umstellung der Tagesordnung insoferne vor, als die Postnummern wie folgt gereiht werden:

Postnummern 6, 5, 1, 2, 3 und 4.

Berichterstatter: Amtsf StR *Werner Faymann*

5. (PrZ 345-GWS, P 6) Die in der Beilage Nr 19 enthaltene Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Wiener *Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz - WWFSG 1989* geändert wird, wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluß erhoben.

(Die Abstimmung über Art I Zi 24 bis 27 sowie über die

restliche Vorlage einschließlich Titel und Eingang wird in erster Lesung getrennt durchgeführt.)

(PrZ 1142/LAt) Der Abänderungsantrag der Abgen Mag Ruth Becher, Georg Fuchs und GenossInnen, betreffend Änderung des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhausanierungsgesetzes - WWFSG 1989, wird angenommen.

(PrZ 1143/LAt) Der Abänderungsantrag der Abgen Dr Herbert Madejski, Kurth-Bodo Blind, Susanne Kovacic und Josef Wagner, betreffend das Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz - WWFSG 1989, wird abgelehnt.

Folgender Antrag wird nach erfolgter Berichterstattung ohne Verhandlung angenommen:

Berichterstatter: Amtsf StR Werner Faymann

(PrZ 1627-MDBLTG, P 5) Die in der Beilage Nr 30 enthaltene Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über eine Änderung der Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über Schutzmaßnahmen betreffend Kleinf Feuerungen wird angenommen.

Berichterstatterin: Amtsf StR Mag Renate Brauner

(PrZ 1664-MDBLTG, P 1) Die in der Beilage Nr 26 enthaltene Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Wiener Karenzurlaubszuschußgesetz geändert wird (1. Novelle zum Wiener Karenzurlaubszuschußgesetz), wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluß erhoben.

Berichterstatterin: Amtsf StR Mag Renate Brauner

(PrZ 1667-MDBLTG, P 2) Die in der Beilage Nr 28 enthaltene Vorlage eines Gesetzes, mit dem die Besoldungsordnung 1994 (7. Novelle zur Besoldungsordnung 1994), die Pensionsordnung 1995 (3. Novelle zur Pensionsordnung 1995), das Ruhe- und Versorgungsgenußzulagegesetz 1995 (2. Novelle zum Ruhe- und Versorgungsgenußzulagegesetz

1995) und die Vertragsbedienstetenordnung 1995 (3. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1995) geändert werden, wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluß erhoben.

(Die Abstimmung über Art I Zi 3, restliche Bestimmungen des Art I, Art II, Art III Zi 1, restliche Bestimmungen des Art III, Art IV Zi 2, restliche Bestimmungen des Art IV, Art V Zi 2 und restliche Bestimmungen des Art V wird in erster Lesung getrennt durchgeführt.)

Berichterstatterin: Amtsf StR Mag Renate Brauner

(PrZ 1683-MDBLTG, P 3) Die in der Beilage Nr 31 enthaltene Vorlage eines Gesetzes betreffend den Grunderwerb durch Ausländer in Wien (Wiener Ausländergrunderwerbsgesetz), wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluß erhoben.

(PrZ 1144/LAt) Der Abänderungsantrag des Abg Marco Smoliner und PartnerInnen, betreffend Ausländergrunderwerbsgesetz, wird abgelehnt.

(PrZ 1145/LAt) Der Abänderungsantrag der Abgen Barbara Schöfnagel, Dr Helmut Günther, Michael Kreißl und Gerold Saßmann, betreffend Ausländergrunderwerbsgesetz, wird abgelehnt.

Folgender Antrag wird nach erfolgter Berichterstattung ohne Verhandlung angenommen:

Berichterstatterin: Amtsf StR Mag Renate Brauner

(PrZ 1625-MDBLTG, P 4) Die in der Beilage Nr 29 enthaltene Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Gesetz über die Erteilung von Erlaubnissen zum Gebrauch von öffentlichem Gemeindegrund und die Einhebung einer Abgabe hierfür (Gebrauchsabgabengesetz 1966) geändert wird, wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluß erhoben.

(Schluß um 14.33 Uhr.)

Der/Die Schriftführer/in:



Der/Die Präsident/in:

